

Weltkrieg in Europa? Aus der Geschichte lernen!

Der Wirtschaftsexperte Günter Buhlke macht in einem Beitrag für die unabhängige Nachrichtenagentur Pressenza auf die Parallelen der Aufrüstung in Deutschland vor 90 Jahren und heute aufmerksam. Er fordert dazu auf, aus den geschichtlichen Erfahrungen zu lernen.

Ab den 1932er Jahren haben deutsche Finanz- und Wirtschaftslenker das Land aus der Weltwirtschaftskrise herausgeführt. Wohin, gab die erst 1919 gegründete Nazipartei nach ihrem Wahlerfolg 1932 vor.

Führende Politiker verbreiteten, dass die Krisenursachen in äußeren Faktoren lägen. Man machte vor allem die Juden verantwortlich. «Fremdländische Slawen und Zigeuner» würden dem Volkskörper schaden. Radio, Zeitschriften, Plakate warben für die Nazipolitik.

Mit hohen Schuldkrediten finanziert, wurde in Deutschland eine Rüstungsindustrie, nebst Zulieferern aufgebaut und eine angriffsfähige Wehrmacht mit modernen Flugzeugen und Panzern geschaffen. Der Bau von Autobahnen verbesserte die Mobilität der Wehrmacht von West nach Ost Richtung Polen. Von den Häfen des Nordens nach dem Süden zur Tschechoslowakei.

Die Arbeitslosenzahlen sanken aus Millionenhöhen deutlich, auch weil die Wehrmacht Leute verpflichtete. Die in der Krisenzeit von der Regierung geschaffene Volksfürsorge

(Mietenstopp für Wohnungen, Suppenküchen, Kinderlandverschickung, günstige Steuersätze des Mittelstandes) wurde in den groben Zügen fortgeführt. Die Nazipartei zog bei Wahlen einen weiteren Nutzen aus ihren Namen als «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei». Das Wahlergebnis 1932 hatte seine Ursachen.

Als Lehre für die Gegenwart sollte nicht vergessen werden, dass die guten, aber schuldenfinanzierten Entwicklungen der deutschen Vorkriegswirtschaft zum katastrophalen Zweiten Weltkrieg führten. An dessen furchtbaren Ende entstand der Schwur im Konzentrationslager Buchenwald «Nie wieder Krieg». Ähnliche Worte wurden 1945 in Warschau, Leningrad, Stalingrad, Oradour-sur-Glane, Coventry und in Japan nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki gerufen. Welche Lehren haben die deutschen Generationen aus den Zeiten von 1932 bis 1945 gezogen?

Nach 2025 soll Deutschland, gleichfalls mit hohen Finanzschulden, aus einer wirtschaftlichen Stagnation herausgeführt werden. Im Auftrag des Bundeskanzlers Friedrich Merz (CDU) und in Abstimmung mit dem Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) wird der Etat des Landes mit weiteren 500 Milliarden Euro durch Schuldkredite aufgestockt. Banken und Geldfonds freuen sich auf Zinsen, unter anderem BlackRock, aus dem Freundeskreis des Bundeskanzlers.

In der Geschichte sind die Ergebnisse von Aufrüstungen bekannt. Die Wandlung zur Kriegstüchtigkeit als Triebmittel der Wirtschaft bringt Deutschland in einem gefährlichen Zustand. Zunächst wächst die Wirtschaft wieder, Arbeitsplätze werden geschaffen. Die Infrastrukturen (Brücken, Eisenbahn etc.) können mit der Schuldenaufnahme modernisiert werden, ungeachtet davon, dass im Krieg alles wieder zerstört werden könnte. Schulden erfordern jährlich Zinsen, die soziale Leistungen des Staates werden reduziert.

Konservative Politiker und besondere Medien werden auch in der Gegenwart nicht müde, die Ursachen der wirtschaftlichen Stagnation Deutschlands in äußeren Quellen zu sehen: Die «aggressiven Russen», die mit ihren Erdöl- und Erdgaslieferungen Abhängigkeiten aufbauen, die «Flüchtlinge», die Kriminalität verbreiten oder deutsche Geldleistungen erwarten. Eine Nabelschau auf eigene Versäumnisse findet beim Eintritt von Krisengeschehen selten statt.

Im modernen Deutschland wächst eine neue Partei mit den zugkräftigen Namen «Alternative für Deutschland» heran. Unaufgeklärte Wähler glauben ihren Versprechungen, dass die Partei dauerhaft Grundprobleme des Landes lösen könnte. Etwa in der Wirtschaft oder in der Sozialpolitik. Ihre Wahlerfolge sichern ihr einen festen Platz im gesetzgebenden Bundestag.

Sie übt heftig Kritik an den amtierenden Regierungen. Ihr Programm genügt jedoch nicht, den grundsätzlichen Anforderungen einer robusten Wirtschaft, für ausreichend funktionierende Sozialsysteme, für eine ausgewogene Staatshaushaltspolitik. Das Parteiprogramm reicht nicht, den Folgen der Klimawende ausreichend zu begegnen.

Beachtliche Übereinstimmungen existieren zwischen beiden Zeitperioden in Deutschland. Das sollte Wähler dazu veranlassen, Erfahrungen aus der Zeit 1932 bis 1945 zu vergleichen. Die NATO – auch Deutschland – unternimmt indessen Schritte, dass ein weiterer Krieg, über den in der Ukraine hinaus, in Europa nicht ausgeschlossen werden

kann.

Die Alarmzeichen sind deutlich. Deutsche Soldaten und Gerät werden nach Litauen verlegt, der Hafen Rostock soll Koordinator für Ostseemanöver werden. Deutsche Betriebe erhalten amtliche Genehmigungen für umfangreiche Investitionen zum Ausbau von Kriegstechniken. Forderungen nach weitreichenden Raketen hören nicht auf.

Das noch lebende Erinnerungsvermögen der «Friedländer-Generation» stirbt langsam aus. Schriftliche Erinnerungen statten die Handy-Generation nur ungenügend aus, um die Erfahrungen aus der Geschichte ausreichend nutzbar zu machen. Der kommende Wahlmarathon 2025/2026 in acht Bundesländern bietet die Gelegenheit, die Meinung des Volkes zu äußern.

i Dieser Beitrag stammt ursprünglich von Günter Buhlke via anonymousnews.org